

Die im Berichtszeitraum festgestellten Angriffe des staatsfeindlichen Menschenhandels sind vor allem gekennzeichnet durch

- die Fortsetzung und anhaltende staatliche Duldung und Förderung der Tätigkeit langjähriger krimineller Menschenhändlerbanden (LAMP'L, MIERENDORFF, "ARAMCO AG", DAWID), ihre Ausweitung und Tarnung durch Schaffung von Agenturen, die Entstehung neuer, schwer zuordenbarer Gruppen und Banden;
- auf Ausnutzung und Absicherung des Menschenhandels gerichtete Zusammenarbeit mit Geheimdienst-, Polizei- und Zoll-dienststellen in der BRD und Westberlin;
- zunehmendes Zusammenwirken mit westlichen Massenmedien zur spektakulären Werbung und zur Rechtfertigung des kriminellen Menschenhandels sowie seiner Nutzung für die Hetz- und Verleumdungstätigkeit gegen die DDR;
- den weiteren schwerpunktmäßigen Mißbrauch des Transitabkommens für Personenschleusungen mit den bekannten Methoden und skrupellosen, menschenverachtenden Praktiken;
- nachweisbar zunehmende Schleusungsaktionen krimineller Menschenhändlerbanden mit vielfältigen, zum Teil raffiniert verfeinerten Methoden über andere sozialistische Staaten;
- einen bei mehreren kriminellen Menschenhändlerbanden festzustellenden hohen Anteil realisierter Ausschleusungen im Vergleich zu den verhinderten Aktionen.